



Freie und Hansestadt Hamburg

Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Richtlinie der Freien und Hansestadt Hamburg zur Gewährung von Fördermitteln für die Durchführung von Maßnahmen zur Anlage von Blühflächen oder Blüh- und Schonstreifen nach dem Plan des Landes Hamburg zur Entwicklung des ländlichen Raumes 2007-2013 gemäß Verordnung (EG) Nr. 1698/2005

Anlage von Blühflächen oder Blüh- und Schonstreifen

Präambel

Die Freie und Hansestadt Hamburg gewährt unter finanzieller Beteiligung des Bundes und der Europäischen Union Zuwendungen für Maßnahmen einer markt- und standortangepassten Landbewirtschaftung. Die Grundlage für die Förderung bildet die Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) mit den entsprechenden Durchführungsbestimmungen Verordnung (EG) Nr. 1974/2006 und Nr. 1975/2006 der Kommission und die im Rahmen des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ beschlossenen bundeseinheitlichen Grundsätze für die Förderung einer markt- und standortangepassten Landbewirtschaftung (GAK) in der jeweils geltenden Fassung.

Die finanzielle Unterstützung wird nach Maßgabe dieser Richtlinie und unter Berücksichtigung der geltenden Haushalts- und Verwaltungsvorschriften der Freien – und Hansestadt Hamburg gewährt.

Transparenz und Publizität

Im Interesse einer verbesserten Transparenz wird nach EU-Recht über alle gewährten Zuwendungen mindestens einmal jährlich ein Verzeichnis veröffentlicht, das Auskunft gibt über die einzelnen Begünstigten, die geförderten Vorhaben bzw. Maßnahmen, für die die Zuwendungen gewährt wurden, sowie die Höhe der jeweils bereitgestellten öffentlichen Mittel. Der Zuwendungsempfänger muss sich mit der Veröffentlichung der Daten einverstanden erklären.

1. Beihilfezweck

Beihilfezweck ist die nachhaltige Verbesserung der natürlichen und wirtschaftlichen Produktionsbedingungen, die mit den Belangen des Schutzes der Umwelt und der Erhaltung des natürlichen Lebensraumes vereinbar sind, durch die Anlage von Blühflächen oder Blüh- und Schonstreifen auf Ackerflächen landwirtschaftlicher Betriebe als nichtinvestive Maßnahme für einen Zeitraum von 5 Jahren.

2. Beihilfeempfänger

Gefördert werden Betriebsinhaber im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003. Dies sind natürliche oder juristische Person oder eine Vereinigung natürlicher oder juristischer Personen, unabhängig davon, welchen rechtlichen Status die Vereinigung und ihre Mitglieder aufgrund nationalen Rechts haben, deren Betrieb sich im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland befindet und die eine landwirtschaftliche Tätigkeit ausüben.

Der Betrieb ist die Gesamtheit der vom Betriebsinhaber verwalteten Produktionseinheiten, die sich im Gebiet eines Mitgliedstaates befinden.

Landwirtschaftliche Tätigkeit ist die Erzeugung, die Zucht oder der Anbau landwirtschaftlicher Erzeugnisse, einschließlich Ernten, Melken, Zucht und Haltung von Tieren für landwirtschaftliche Zwecke, oder die Erhaltung von Flächen in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003.

3. Gegenstand der Förderung

Gegenstand der Förderung ist die Anlage von Blühflächen oder Blüh- und Schonstreifen auf Ackerflächen landwirtschaftlicher Betriebe als nichtinvestive Maßnahme für einen Zeitraum von 5 Jahren.

Nicht zuwendungsfähig sind Maßnahmen, die nach anderen Vorgaben bereits verbindlich vorgeschrieben sind insbesondere als Ausgleichsmaßnahmen nach der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung.

4. Beihilfevoraussetzungen

Ein Rechtsanspruch auf Gewährung von Zuschüssen besteht nicht. Die Bewilligungsbehörde entscheidet im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens und nach fachlicher Prioritätensetzung.

Förderfähig ist die beihilfefähige Fläche gemäß Art. 30 der Verordnung (EG) Nr. 796/2004 in der gültigen Fassung.

Voraussetzung für die Gewährung einer Beihilfe ist, dass

- 4.1 sich die zu fördernde Fläche auf dem Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg und im ländlichen Raum befindet,
- 4.2 die Bewirtschaftung des Betriebes für die Dauer der Verpflichtung durch den Beihilfeempfänger selbst erfolgt,
- 4.3 sich der Beihilfeempfänger für die Dauer von 5 Jahren zur Einhaltung der Richtlinien verpflichtet,
- 4.4 der Umfang der Dauergrünlandfläche des Betriebes insgesamt, außer in den Fällen des Besitzerwechsels, der mehrjährigen Flächenstilllegung oder der Erstaufforstung derselben nicht verringert wird,
- 4.5 die Anlage von Blühflächen oder Blüh- und Schonstreifen auf höchstens 15% der Ackerflächen des Betriebes und dabei
 - auf bestimmten Schlägen, die im Sinne des Artikels 54 Abs.2 der VO (EG) Nr. 1782/2003 stillgelegt sind oder die nicht mehr für die landwirtschaftliche Erzeugung genutzt werden oder
 - auf Schlägen, die nicht im Sinne des Artikels 54 Abs.2 der VO (EG) Nr. 1782/2003 stillgelegt sind (einschließlich der Flächen auf denen nachwachsende Rohstoffe angebaut werden) und die für die landwirtschaftliche Erzeugung genutzt werden

erfolgt.

Die Anlage dieser Flächen kann wie folgt vorgenommen werden, auf:

- Blühstreifen entlang fester Schlaggrenzen mit einer Breite von mindestens 3 und höchstens 24 Metern oder
- Blühstreifen innerhalb eines festgelegten Schlages mit einer Breite von mindestens 6 und höchstens 24 Metern oder

- Blühflächen auf höchstens 2 Hektar je Schlag oder
- Schonstreifen entlang von vorher festgelegten Schlägen mit einer Breite von mindestens 3 und höchstens 24 Metern.

Folgende Grundsätze sind weiterhin zu beachten:

- 4.6 Das Anlegen von Blühflächen oder Blüh- und Schonstreifen, bestehend aus Pflanzenarten soll Nützlingen, Bienen oder anderen Wildtieren als Wirts-, Nahrungs- oder Schutzpflanzen dienen. Die eingesetzten Pflanzenarten haben sich von den benachbarten Wirtschaftskulturen zu unterscheiden. Sie sollen zumindest teilweise im Sommer oder im Herbst blühen.
- 4.7 Bearbeitungsmaßnahmen sind auf Bestellmaßnahmen und mechanische Unkrautbekämpfung bzw. einen Pflegeschnitt nach der Blüte (nicht in der Zeit vom 1. Mai bis 15. September) begrenzt.
- 4.8 Die Anwendung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln auf Blühflächen ist verboten.
- 4.9 Sollte sich nach 3 Jahren die Pflanzenvielfalt wesentlich verringert oder sich eine unerwünschte Beikrautflora auf über 50% der Fläche angesiedelt haben, ist das Mulchen (Oberflächenbearbeitung) der Fläche im Frühjahr des vierten Standjahres für eine erneute Ansaat gestattet.
Die Maßnahme ist 4 Wochen vorher der Behörde anzuzeigen.
- 4.10 Die Saatmischung sollte mindestens 10 verschiedene Blühpflanzen enthalten. Keine Art sollte mehr als 20 % Anteil haben (siehe dazu beispielhaft Anlage 1 zu dieser Richtlinie). Als Nachweis ist der Bestell/ Lieferschein vorzuhalten.
- 4.11 Eine Nutzung des Aufwuchses und eine Flächenrotation ist nicht zulässig.
- 4.12 Folgende Bedingungen sind bei der Anlage zu beachten:

Auf Blühflächen/-streifen:

- Der Anbau einer Mischung von verschiedenen standortangepassten Blütenpflanzen, soll Nützlingen, Bienen oder anderen Wildtieren als Wirts-, Nahrungs- oder Schutzpflanzen dienen können und über die Dauer der Vegetationsperioden oder den auf das Jahr der Aussaat folgenden Jahren hinweg einen Blühaspekt bieten.
- Außer im Falle von Bestellmaßnahmen und mechanischen Unkrautbekämpfungen ist keine anderweitige Bearbeitung zulässig.

Auf Schonstreifen:

- Die Einsaat erfolgt mit derselben Fruchtart wie auf dem Gesamtschlag oder
- die Einsaat erfolgt mit einer Mischung von verschiedenen standortangepassten Pflanzenarten, die Nützlingen, Bienen oder anderen Wildtieren als Wirts-, Nahrungs- und Schutzpflanzen dienen können. Die Bewilligung der Förderung erfolgt unter Berücksichtigung landschafts- und agrarökologischer sowie produktionstechnischer Gesichtspunkte.
- Außer im Falle von Bestellmaßnahmen ist keine Bearbeitung, ausgenommen Pflegeschnitt im Fall des Anbaus von standortangepassten Pflanzenarten zulässig.

Auf Blühflächen/-streifen oder Schonstreifen

- Die Anwendung von Pflanzenschutz- und Düngemitteln ist nicht gestattet.
- Die Nutzung des Aufwuchses, außer bei Schonstreifen im Falle der Aussaat derselben Fruchtart wie auf dem Gesamtschlag ist nicht erlaubt.

Die Maßnahmen müssen zur Umsetzung der Ziele des Natur-, Gewässer- oder Landschaftsschutzes geeignet sein.

5. Verfahren bei der Änderung der Bewilligungsgrundlage

5.1 Flächenverringerung oder Verpachtung

Überträgt der Beihilfeempfänger während des Verpflichtungszeitraums den ganzen Betrieb oder einzelne Flächen, für die eine Beihilfe gewährt wird, auf einen anderen, so kann dieser die Verpflichtung für den restlichen Zeitraum übernehmen. Der Übernehmer tritt dann in die Rechte und Pflichten ein, die in dem Bewilligungsbescheid näher konkretisiert worden sind. Der Übernehmer ist, außer in Fällen höherer Gewalt, verpflichtet, ausgezahlte Beihilfebeträge - auch soweit sie an den ursprünglichen Beihilfeempfänger erbracht worden sind - zurück zu erstatten, wenn die eingegangenen Verpflichtungen nicht eingehalten werden.

Erfolgt eine Übernahme der Verpflichtung nicht, ist der Beihilfeempfänger verpflichtet, bereits gezahlte Zuwendungen zurück zu erstatten.

Die Bewilligungsbehörde kann auf eine Rückzahlung verzichten, wenn der Beihilfeempfänger die Verpflichtung bereits drei Jahre erfüllt hat, seine landwirtschaftliche Tätigkeit endgültig aufgibt und sich die Übernahme der Verpflichtung durch einen Nachfolger als nicht durchführbar erweist.

Die Bewilligungsbehörde kann ferner von einer Rückzahlung absehen, wenn während des Verpflichtungszeitraumes weniger als 5 % der Fläche, für die eine Zuwendung gewährt wird, übertragen werden.

Der Beihilfeempfänger hat bei einer Veräußerung oder Verpachtung seines Betriebes während des Verpflichtungs- und Förderungszeitraumes durch vertragliche Gestaltung sicherzustellen, dass sein Vertragspartner in die Pflichten gegenüber der Bewilligungsbehörde eintritt.

Der Beihilfeempfänger hat der Bewilligungsbehörde die Übertragung des ganzen Betriebs oder einzelner Flächen unverzüglich, spätestens einen Monat vor Wirksamkeit der Veräußerung oder Verpachtung der Bewilligungsbehörde schriftlich mitzuteilen.

- 5.2 Die Bestimmungen der Ziffer 5.2 finden keine Anwendung, wenn es sich um Flächen handelt, die infolge von Enteignung oder Zwangsversteigerung auf andere Personen übergehen, oder die infolge von Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz durch wertgleiche Flächen ersetzt werden, auf denen der Beihilfeempfänger die Maßnahme fortsetzt. In diesen Fällen verringert sich die Zuwendung für die Restlaufzeit entsprechend dem Umfang der ausscheidenden Fläche.

- 5.3 Werden die Verpflichtungen aufgrund höherer Gewalt nicht mehr eingehalten, ist die Beihilfe einzustellen. Gezahlte Beihilfen bis zum Eintritt des Falles höherer Gewalt sind zu belassen.

Unbeschadet besonderer Umstände, die im Einzelfall zu berücksichtigen sind, kann die Bewilligungsbehörde insbesondere folgende Fälle als höhere Gewalt anerkennen:

- Tod des Betriebsinhabers,
- länger andauernde Berufsunfähigkeit des Betriebsinhabers,
- Enteignung eines wesentlichen Teils des Betriebs, soweit sie am Tag der Unterzeichnung der Verpflichtung nicht vorherzusehen war,
- schwere Naturkatastrophe, die die landwirtschaftlich genutzte Fläche des Betriebes erheblich in Mitleidenschaft zieht.

Fälle höherer Gewalt muss der Beihilfeempfänger der Bewilligungsbehörde mit den entsprechenden anerkannten Nachweisen innerhalb von zehn Werktagen nach dem Zeitpunkt, ab dem sie oder er hierzu in der Lage ist, schriftlich mitteilen.

- 5.4 Der Beihilfeempfänger ist dazu verpflichtet, jede Abweichung vom Bewilligungsbescheid der Bewilligungsbehörde schriftlich mitzuteilen. Beantragt der Beihilfeempfänger bei der zuständigen Bewilligungsbehörde aus anderen als den unter Ziffern 5.1, 5.2 und 5.3 genannten Gründen eine Verringerung der bewilligten Fläche, wird der Bewilligungsbescheid um die Flächendifferenz auch mit Wirkung für die Vergangenheit teilweise widerrufen und die bereits ausgezahlte Beihilfe entsprechend zurückgefordert.

6. Art und Höhe der Beihilfe

Die Beihilfe wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss in Form einer Festbetragsfinanzierung gewährt.

Die Höhe der Förderung beträgt:

auf stillgelegten Flächen:

- 235 € je ha bei jährlicher Nachsaat oder
- 75 € je ha bei Nachsaat nach drei Jahren oder
- 75 € je ha bei der Pflege wildtiergerechter Mischung.

auf nicht stillgelegten Flächen:

- 755 € je ha bei Anlage und jährlicher Neuansaat oder
- 630 € je ha bei der Anlage von Schonstreifen (gleiche Fruchtart wie auf dem Gesamtschlag) oder
- 520 € je ha bei der Anlage von Schonstreifen (spez. Mischung, Aussaat für 5 Jahre).

Ergibt sich aufgrund der Teilnahme an diesem Förderprogramm eine Beihilfe von weniger als 100,00 € pro Jahr, ist eine Bewilligung nicht möglich (Bagatellgrenze).

7. Verpflichtungszeitraum

Der Verpflichtungszeitraum der Förderung beträgt 5 Jahre; der Verpflichtungszeitraum beginnt am 10. Mai des Jahres.

8. Bewilligung der Fördermittel

Der Antrag wird von der Bewilligungsstelle auf Förderfähigkeit gem. der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 sowie der dazu ergangenen Ausführungsvorschriften geprüft. Das Ergebnis der Prüfung sowie der bewilligte Fördersatz wird dem Antragsteller anhand eines Bewilligungsbescheides mitgeteilt.

9. Antragsverfahren und Bewilligung

Zuwendungen werden nur auf schriftlichen Antrag gewährt.

Neuanträge, gesonderte Nachweise sowie Erweiterungsanträge sind mittels eines bei der Bewilligungsbehörde erhältlichen Vordruckes bis zum 15. Mai des jeweiligen Jahres einzureichen. Bewilligungsbehörde ist die Behörde für Wirtschaft und Arbeit. Als Antragseingang gilt der Zeitpunkt, zu dem der vollständige Antrag vorliegt.

Anträge zur Förderung im Rahmen dieser Richtlinie sind zu richten an:

Behörde für Wirtschaft und Arbeit
Agrarförderung
Alter Steinweg 4
20459 Hamburg

10. Zahlung der Beihilfe

Die Beihilfe wird jährlich, erstmals im Jahr nach der Bewilligung auf Antrag (Zahlungsantrag) ausgezahlt.

Die Zahlung der Beihilfe ist bis spätestens zum 15. Mai des jeweiligen Jahres schriftlich auf einem vorgeschriebenen Vordruck bei der Bewilligungsbehörde zu beantragen und gesonderte Nachweise einzureichen. Als Antragseingang gilt der Zeitpunkt, zu dem der vollständige Antrag bei der Bewilligungsbehörde vorliegt.

11. Kontrolle und Ahndung von Verstößen

Die Richtigkeit der Angaben und die Einhaltung der Fördervoraussetzungen werden stichprobenweise örtlich überprüft. Verstöße werden gem. Verordnung (EG) Nr. 1975/2005 geahndet.

12. Anderweitige Verpflichtungen

Die verbindlichen Anforderungen der Art. 4 und 5 sowie der Anhänge III und IV der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 („Cross Compliance“) sowie die Grundanforderungen betreffend der Anwendung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln sind im gesamten Betrieb einzuhalten.

Bei Verstößen können die Zahlungen gekürzt oder es kann keine Zahlung geleistet werden.

13. Rückforderung

Für die Rücknahme und den Widerruf von Zuwendungsbescheiden und für die Rückzahlung von Förderungsmitteln gelten die §§ 48, 49 ff. des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetz und ergänzend die Vorschriften der ANBest-P sowie die nachstehenden Regelungen.

Die Bewilligungsbehörde kann Zuwendungsbescheide zurücknehmen, ganz oder teilweise widerrufen und den Zuwendungsempfänger zur Rückzahlung von Zuwendungen verpflichten,

- 14.1 wenn die Förderung zu Unrecht, insbesondere durch unzutreffende Angaben oder Unterlassen von Angaben, welche für die Beurteilung des Antrages wesentlich sind, erlangt wurde,
- 14.2 wenn über das Vermögen des Zuwendungsempfängers das Insolvenzverfahren eröffnet oder mangels Masse eingestellt worden ist,
- 14.3 wenn der Antragsteller vor dem Ende des Verpflichtungszeitraumes seinen Betrieb stilllegt oder die Produktion für den Markt einstellt,
- 14.4 wenn ohne Zustimmung der Bewilligungsbehörde von den Bedingungen der Fördermaßnahme abgewichen worden ist.

14. Prüfungsrecht

Der Antragsteller hat der Bewilligungsstelle, der Zahlstelle oder anderen von ihr beauftragten Prüfungsinstanzen, dem Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg sowie der EU-Kommission auf Verlangen jederzeit Auskünfte über die Gewährung und Belassung der für die Förderung maßgeblichen Umstände zu erteilen und entsprechende Unterlagen vorzulegen. Er gewährleistet insbesondere, dass die EU-rechtlich vorgeschriebenen Kontrollen und Inaugenscheinnahmen jederzeit und in vollem Umfang durchgeführt werden können.

Inkrafttreten

Die Förderrichtlinie tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2008 in Kraft. Nach Ablauf des 31.12.2013 können auf ihrer Grundlage keine Bewilligungen erteilt werden.

Anlage 1

Die Saadmischung sollte mindestens 10 verschiedene Blühpflanzen enthalten.

Keine Art sollte mehr als 20 % Anteil haben. Als Nachweis ist der Bestell/ Lieferschein vorzuhalten.

Arten Deutscher Name	Botanischer Name	Lebensform *
Fenchel	Foeniculum vulgäre	3
Futtermalve	Malva sylvestris ssp. mauretania	1,2
Futter-Esparsette	Onobrychis viciifolia	3
Luzerne	Medicago sativa	3
Garten-Petersilie	Petroselinum crispum und sativum	2
Zottel-Wicke	Vicia villosa	2
Mariendistel	Silybum marianum	1
Garten-Strauchpappel	Lavatera trimestris	1
Rot-Klee	Trifolium pratense	3
Markstammkohl	Brassica oleracea	2
Stockrose	Althae rosea	3
Bart-Nelke	Dianthus barbatus	3
Großes Löwenmaul	Antirrhinum majus	3
Marien-Glockenblume	Campanula medium	2
Goldlack	Cheiranthus allionii	2
Bibernelle	Pimpinella peregrina	3
Färber-Waid	Isatis tinctoria	1
Schweden-Klee	Trifolium hybridum	3
Ausdauernde und Vielblättrige Lupine	Lupinus perennis und L. polyphyllus	3
Lein	Linum usitatissimum	1
Buchweizen	Fagopyrum esculentum	1
Sonnenblume	Helianthus annuus	1
Borretsch	Botago officinalis	1
Phacelia	Phacelia tanacetifolia	1
Kresse	Lepidium sativum	1
Gelbsenf	Sinapis arvensis	1
Olrettich	Raphanus sativus	1
Körnerhirse	Panicum miliaceum	1
Heidenkorn oder Quinoa	Chenopodium quinoa	1
Roggen	Secale multicaule	2

*Lebensform: 1 - einjährig, 2 - zweijährig, 3 - mehrjährig